

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Die Bremer Erfahrungen mit der Zweigliedrigkeit – der Bremer Schulkonsens

Impulsreferat von Johannes Bock

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Fraktion DIE LINKE
in der Bremischen Bürgerschaft

Gesprächskreis Bildungspolitik der rls,
10.04.2021

Gliederung

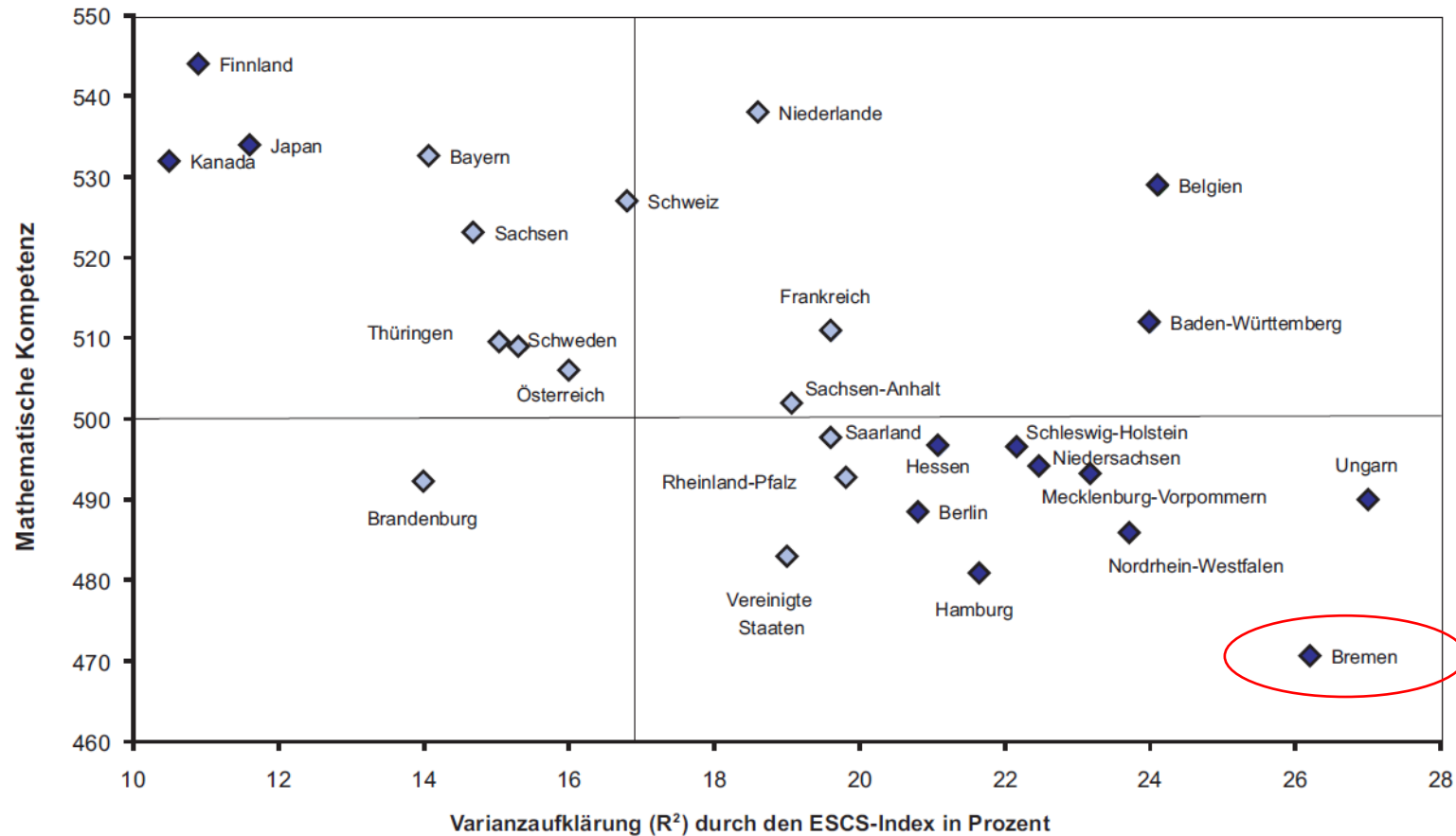
- Ausgangslage ab dem Jahr 2000
- Der Bremer Schulkonsens 2008, Einführung der Zweigliedrigkeit
- Fortschreiben des Schulkonsenses 2018
- Persönliche Einschätzung: Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Schule für alle?

I. Ausgangslage ab dem Jahr 2000

PISA-Schock, demographischer Wandel und Debatte um Sonderschulen

„PISA-Schock“

Abbildung 9.2: Mathematische Kompetenz und Varianzaufklärung (R^2) durch den ESCS-Index

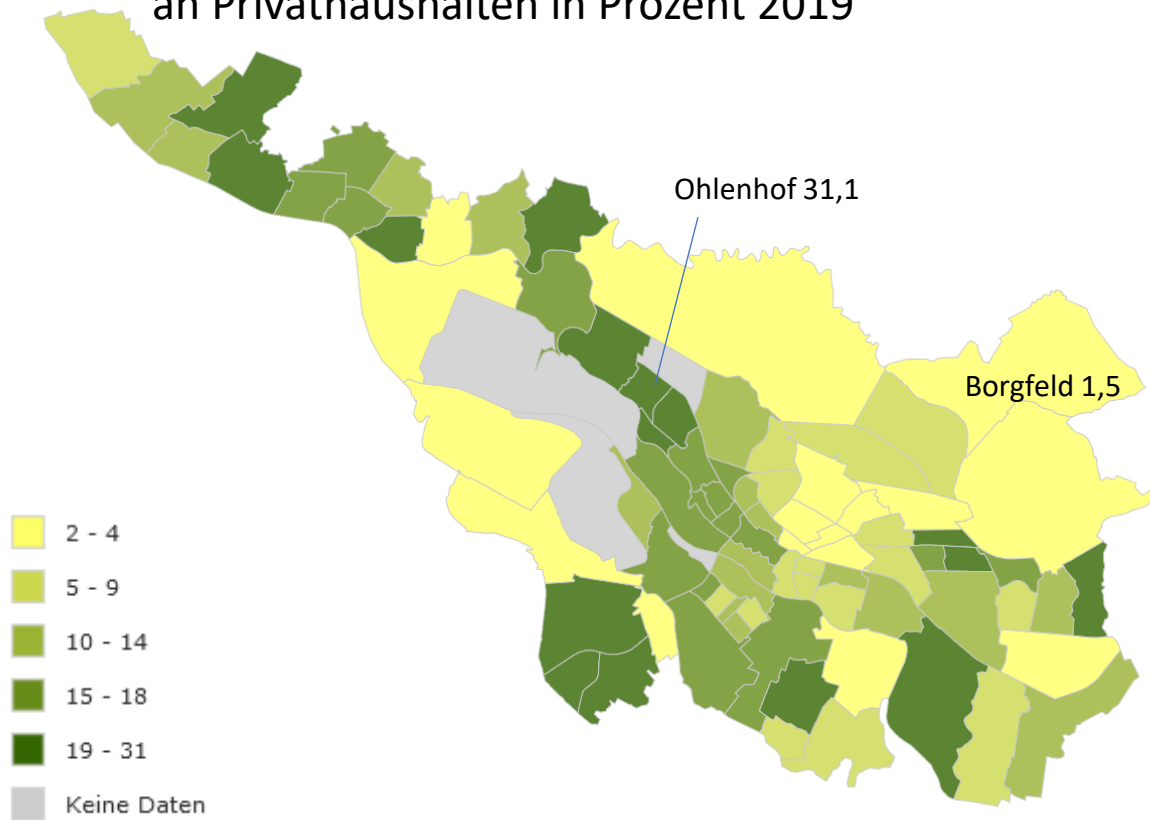


Beispiel PISA Studie 2003:
Zusammenhang von
sozialer Herkunft und
Bildungserfolg.

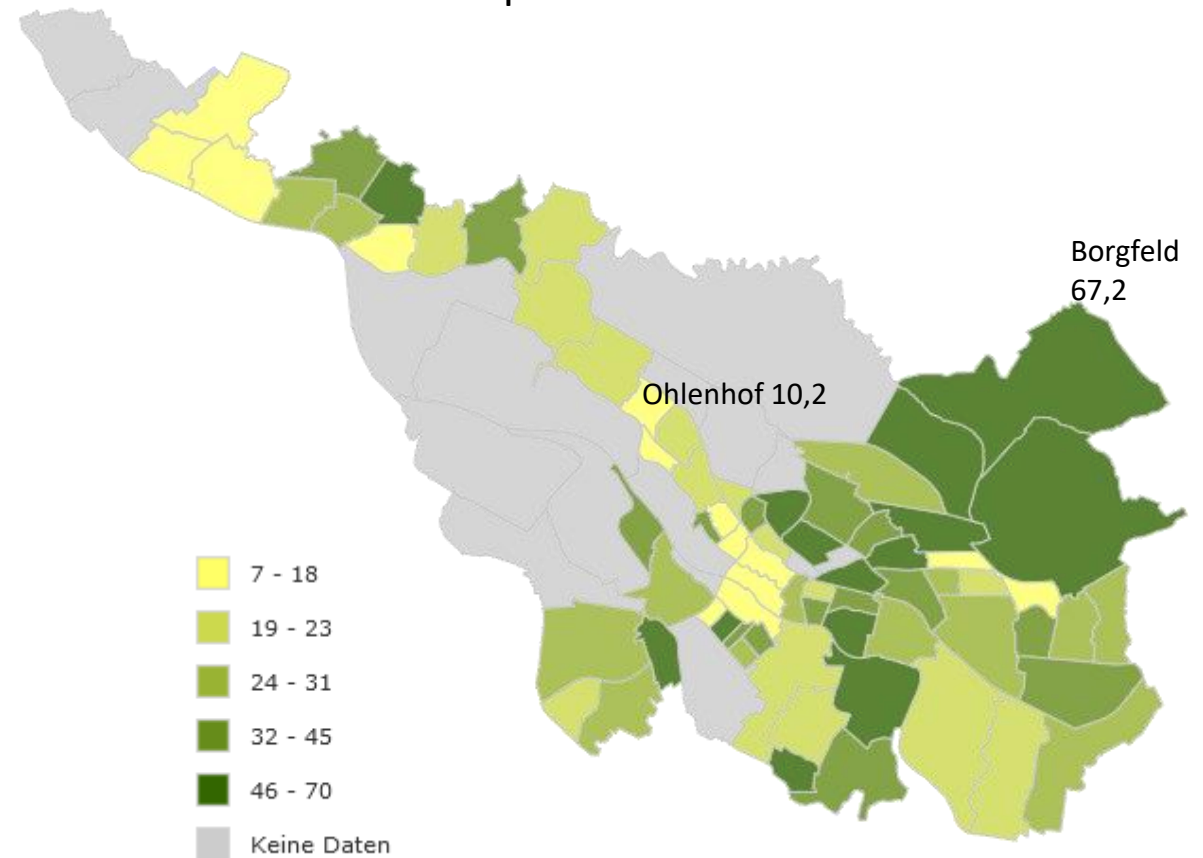
Ergebnis: In Bremen sind
insgesamt die
Lernergebnisse
besonders schlecht,
gleichzeitig ist der
Zusammenhang von
sozialer Herkunft und
Bildungserfolg besonders
hoch.

Soziale Spaltung der Stadt

Anteil SGB II-Bedarfsgemeinschaften an Privathaushalten in Prozent 2019



Abiturquote in Prozent 2019



Demographischer Wandel

- Stark sinkende Schüler*innenzahlen um 2000
- Gleichzeitig steigende Abiturquote

-> Haupt- und Realschulen verlieren deutlich an Zuspruch, werden zu „Restschulen“

-> Dreigliedrigkeit scheitert

Debatte um Sonderschulen

- International: Entwicklung der UN-Behindertenrechtskonvention, verabschiedet 2006, in Kraft getreten 2008, ratifiziert in Deutschland 2009.
- Lokal: starke Elterninitiativen fordern seit Mitte der 2000er Jahre eine gemeinsame Beschulung aller Kinder.

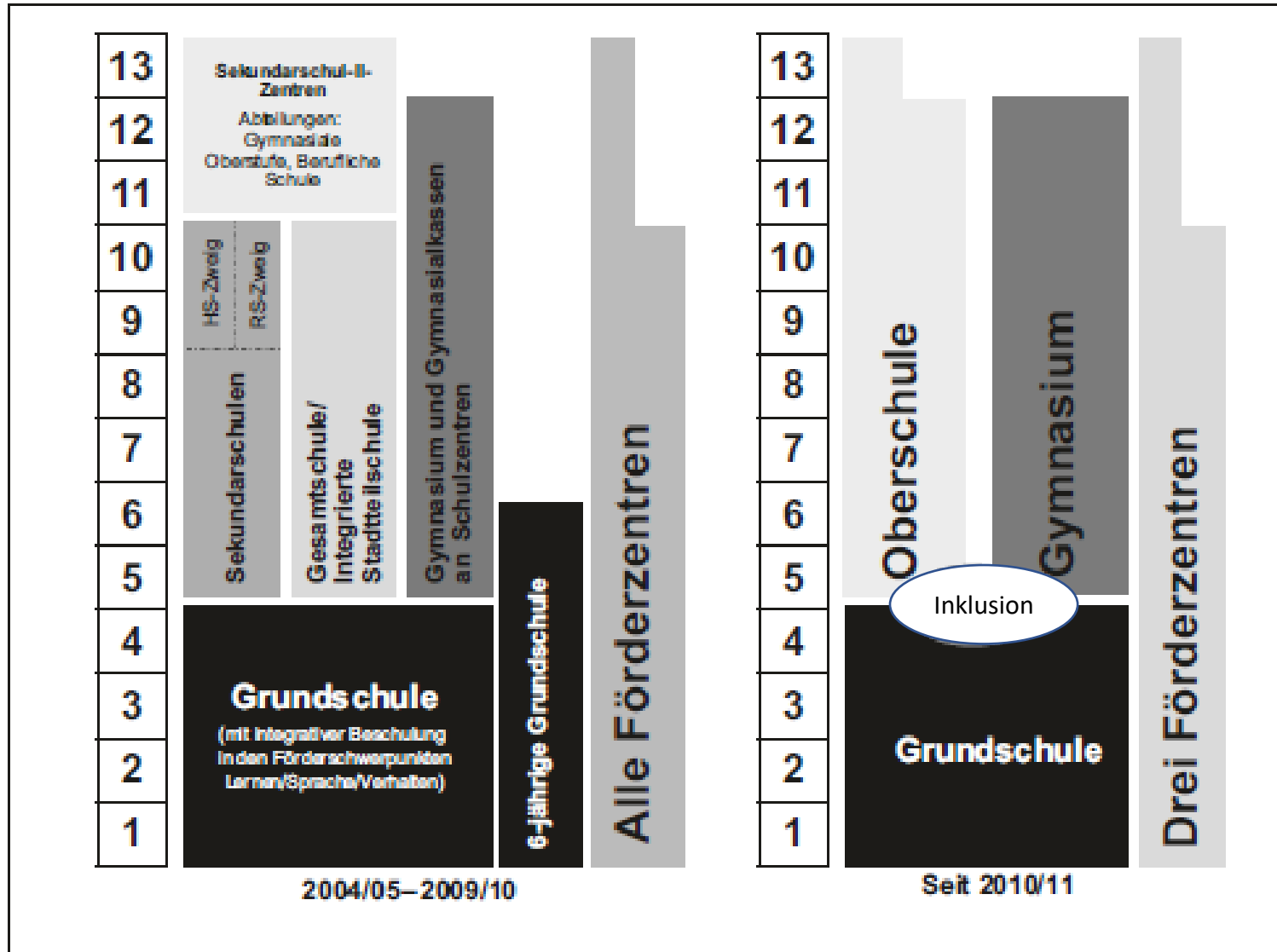
II. Bremer Schulreform 2008-2010

Debatten der Vorjahre werden zusammengeführt:

- Fachausschuss Schulentwicklung der Deputation für Bildung
-> **Schulentwicklungsplan 2008**
- Parteipolitische Debatte
-> **Bremer Schulkonsens 2008**

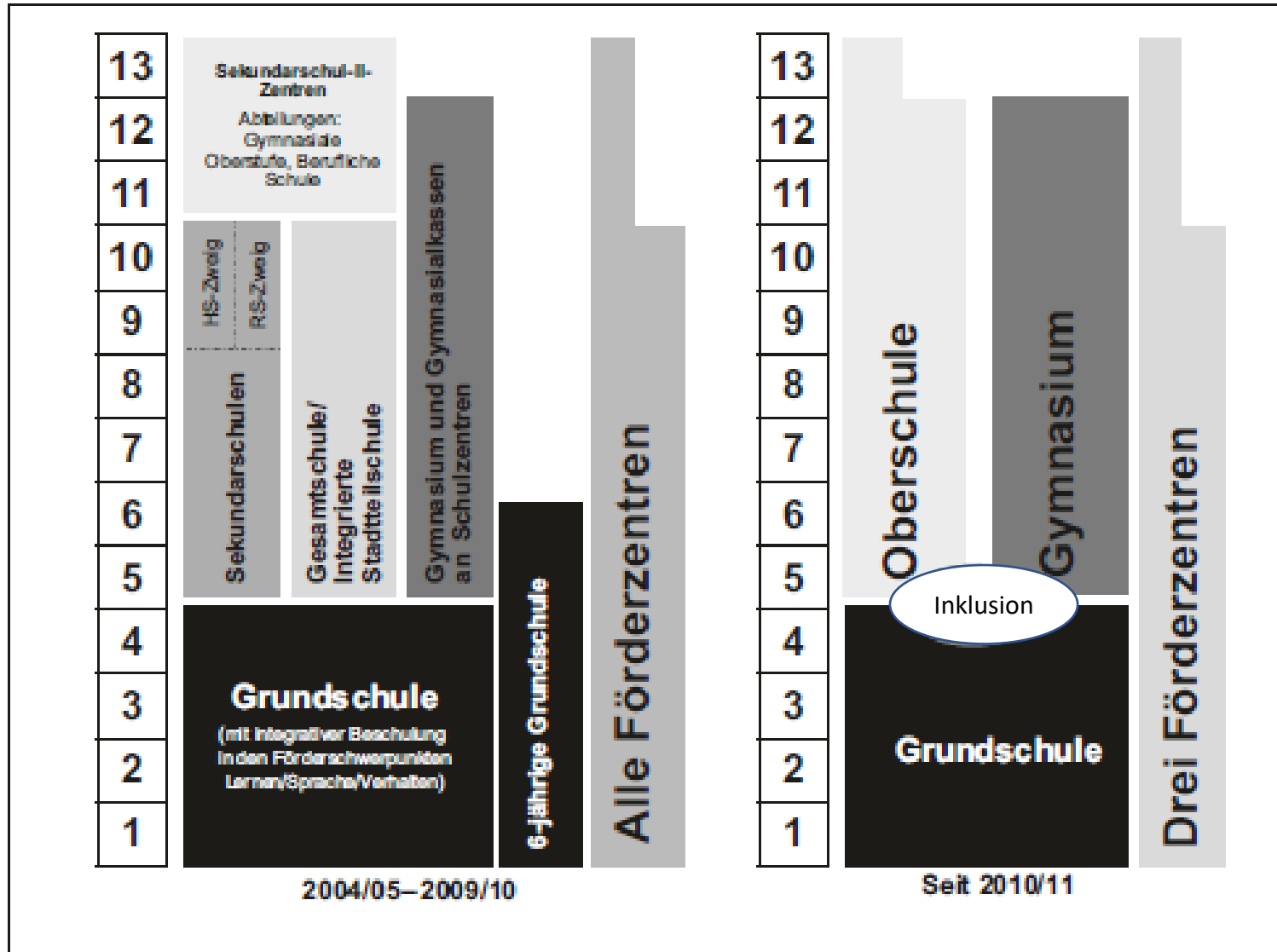
- > **Neues Schulgesetz 2009**
- > **Entwicklungsplan Inklusion 2010**

Neue Schulstruktur seit dem Schuljahr 2010/11



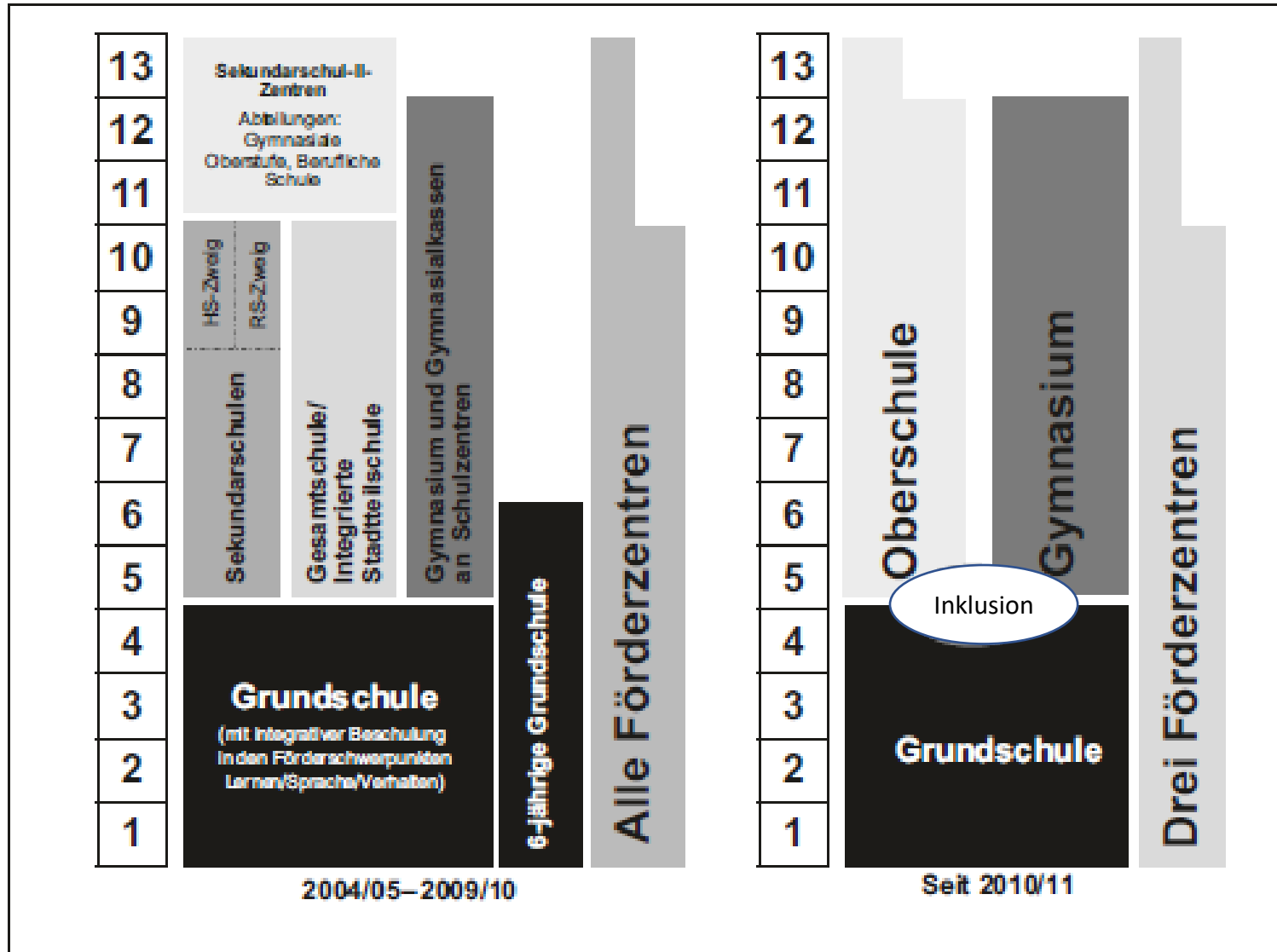
- **Oberschulen** sind de facto Integrierte Gesamtschulen
- unterrichten auf verschiedenem Leistungsniveau – binnen- und außendifferenziert
- bieten alle Abschlüsse an
- bilden Verbünde für die gymnasiale Oberstufe
- Weg zum Abitur i.d.R. 13 Jahre
- Übertritt in die GyO hängt von Mindestnoten ab
- Kein Sitzenbleiben
- 25 Kinder pro Klasse

Neue Schulstruktur seit dem Schuljahr 2010/11



- **Gymnasien** unterrichten auf einem Leistungsniveau
- Bis zur 9. Klasse kein Sitzenbleiben, keine Abschulung
- bieten auch alle Abschlüsse an
- Alle Gymnasien haben eine eigene Oberstufe
- Übergang in die GyO hängt von einer Versetzung nach Klasse 9 ab
- Weg zum Abitur i.d.R. 12 Jahre
- 30 Kinder pro Klasse

Neue Schulstruktur seit dem Schuljahr 2010/11



- **Grundschulen** mit 24 Kindern pro Klasse
- Keine herkömmlichen Ziffernoten an Grundschulen
- Alle Schulen „entwickeln sich zu **inklusive Schulen**“ (Schulgesetz):
- Auflösung Förderzentren, Ausnahmen für Seh- und Hörschädigungen, Körperbehinderte
- An allen Schulen werden die Klassen anhand eines **Sozialindex** sowie für die **Inklusion** ggf. verkleinert

Schulkonsens der Parteien 2008

- Schreibt im wesentlichen die beschriebene Schulstruktur fest.
- Nimmt ansonsten lose auf den Schulentwicklungsplan Bezug.
- Macht keine Aussagen zu Mittelaufwuchs oder Förderung von Schulen in benachteiligten Quartieren.

- **DIE LINKE** steigt aufgrund grundsätzlicher Ablehnung der Zweigliedrigkeit sowie fehlender Debatten über materielle Ausstattung der Schulen früh aus den Verhandlungen aus.
- FDP lehnt nach Abschluss der Verhandlungen Text ab.
- CDU, SPD und B'90/DIE GRÜNEN unterschreiben Mitte 2009.

Evaluation der Schulreform 2018

Positiv

- Konstantes Anwahlverhalten für Gymnasien (30%) und Oberschulen (70%):
-> generelle Akzeptanz der neuen Schulform.
- Inklusion als integraler Bestandteil Bremer Schulen akzeptiert, Steigerung der Abschlussquote von Kindern mit Förderbedarf.

Negativ

- Oberschulen ohne GyO drohen zu Verlierern der Reform zu werden.
- Insbesondere die Mittelausstattung in der Inklusion ist ungenügend.
- Keine allgemeine Leistungssteigerung, Bindung von sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung ungebrochen stark.

III. Neuauflage Schulkonsens 2018-28

1.) Fortschreiben der Schulstruktur aus dem Jahr 2008.

2.) Neu (Auswahl):

- Steigerung des Bildungsausgaben als Ziel
- Schulsozialarbeit als Landesaufgabe an jeder Schule
- Stärkung der Grundschulen in schwieriger sozialer Lage, u.a. durch Doppelbesetzung mit päd. Fachkräften
- Institut für Qualitätsentwicklung nach Hamburger Vorbild

- FDP steigt wieder am Ende der Verhandlungen aus.
- Elternvertretung und GEW begrüßen den Konsens.
- Landesparteitag der Partei DIE LINKE stimmt am 29. September 2018 dem Konsens mit folgendem Begleitbeschluss zu:
 1. Der Landesverband DIE LINKE. Bremen stimmt der Vereinbarung „Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018 – 2028“ zu.
 2. Wir bekräftigen, dass unser grundsätzliches Ziel die „Eine Schule für alle“ ist. Während der Geltungsdauer der Vereinbarung werden wir ein konkretes Konzept erarbeiten, wie wir das derzeitige zweigliedrige Schulsystem im Land Bremen in ein Schulsystem überführen wollen, das nach dem Prinzip der Gesamtschule aufgebaut ist.
- CDU, SPD, GRÜNE und LINKE unterschreiben den Konsens im Oktober 2018.

IV. Persönliche Einschätzung

Für eine Zustimmung durch die LINKE spricht:

- Soziale Entmischung an den Schulen erfolgt anhand der sozialen Entmischung in den Stadtteilen. Umwandlung der bestehenden Gymnasien in Gesamtschulen würde an der Problemlage wenig ändern.
- Oberschulen als inklusiv arbeitende, integrierte Gesamtschulen haben sich zu einer erfolgreichen Schulart entwickelt. Hinter diesen Schritt kann die CDU nicht mehr zurück, dies schafft Ruhe vor konservativen Angriffen.
- Festschreibung der Bevorzugung der Schulen in den armen Quartieren ist ein Erfolg und rechtfertigt den Kompromiss einer Zustimmung zur Zweigliedrigkeit auf Zeit.

Gegen den Konsens spricht:

- Auch Gymnasium ist gefestigt. Es gelingt nur sehr bedingt, Reformdruck im System gegenüber dem Gymnasium aufzubauen.
- Weitere – auch kleine – Reformschritte hängen aktuell von der CDU ab, parlamentarische Mehrheiten sind nicht nutzbar.
- Finanzielle Zusagen aus dem Konsens sind aufgrund des engen Haushaltsrahmens nicht einlösbar.
- Was passiert, wenn die Gymnasialplätze aufgrund steigender Schüler*innenzahlen knapp werden?

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Fragen gerne an Johannes.Bock@linksfraktion-bremen.de

Quellen:

- Manfred Prenzel u.a.: Vorinformation zu PISA 2003. Zentrale Ergebnisse des zweiten Vergleichs der Länder in Deutschland. Kiel 2004.
- Bremer Ortsteilatlas: www.statistik-bremen.de.
- Hartong, Sigrid; Nikolai, Rita: Schulstrukturreform in Bremen. Promotoren und Hindernisse auf dem Weg zu einem inklusiveren Schulsystem. In: Zeitschrift für Pädagogik 2016.
https://www.pedocs.de/volltexte/2019/17175/pdf/Hartong_Nikolai_2016_Schulstrukturreform_in_Bremen.pdf